Herrn Oberbürgermeister
Jürgen Herzing
Rathaus / Dalbergstr. 15
63739 Aschaffenburg

24. März 2025

Antrag der CSU-Stadtratsfraktion

Stärkerer Einsatz von Videoüberwachung im Bereich des Schöntals und öffentlicher Plätze in Aschaffenburg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der tragische Messerangriff im Park Schöntal hat unsere Stadt schwer erschüttert. Dieser Vorfall hat die Sicherheitsbedürfnisse unserer Bürgerinnen und Bürger in den Fokus gerückt und verdeutlicht die Notwendigkeit präventiver Maßnahmen zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit.

Bereits vor diesem schrecklichen Ereignis hatten Sicherheitsbehörden den Park als „gefährlichen Ort“ eingestuft. Insbesondere aufgrund eines zunehmenden Drogenhandels sowie vermehrter Auseinandersetzungen im Drogenmilieu waren Bereiche des Parks für kriminelle Aktivitäten bekannt. Trotz verstärkter Präsenz der Polizei und Ordnungskräfte konnten diese Probleme nicht ausreichend eingedämmt werden. Dies zeigt den dringenden Handlungsbedarf, um die Sicherheit im öffentlichen Raum zu verbessern.

Videoüberwachungssysteme haben sich in vielen Städten als effektives Mittel zur Prävention und Aufklärung von Straftaten erwiesen. Hier gibt es oft eine Zusammenarbeit zwischen der Polizei, die eigene Anlagen betreibt, und der Kommune als Sicherheitsbehörde vor Ort. Durch die Installation solcher Systeme können potenzielle Straftäter abgeschreckt und die Aufklärung von Verbrechen beschleunigt werden. Eine enge Abstimmung mit bereits bestehenden Videoüberwachungsmaßnahmen der Polizei ist dabei wichtig.

Der Stadtrat möge beschließen:

- 1. Die Stadt Aschaffenburg entwickelt ein umfassendes eigenes Konzept zur Videoüberwachung öffentlicher Plätze, die ein höheres Sicherheitsinteresse aufweisen.**
- 2. Die Stadt Aschaffenburg nimmt dazu insbesondere mit der Polizei Kontakt auf. Es soll abgeklärt werden, wo eigene Videoüberwachungssysteme der Polizei eingesetzt werden oder in Zukunft geplant werden können.**
- 3. In Bereiche, die den Sicherheitsbehörden als Brennpunkte gelten oder eine Häufung von sicherheitsrelevanten Vorfällen aufweisen, ist zu prüfen, wo kommunale Videoüberwachungsanlagen sinnvoll als Ergänzung zu Videoüberwachung und anderen Präventionsmaßnahmen der Polizei eingesetzt werden können.**

- 4. Die Bevölkerung soll transparent über die geplanten Maßnahmen informiert und in den Entscheidungsprozess eingebunden werden.**
- 5. Nach Fertigstellung des Konzepts wird dieses dem Stadtrat zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.**

In vielen Städten Bayerns sind Videoüberwachungsanlagen als Mittel präventiver Sicherheit erfolgreich im Einsatz. So sind im Nachtragshaushalt 2025 des Freistaats auf Initiative der Regierungskoalition 3,8 Millionen Euro zusätzliche Mittel speziell für die Ausweitung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum vorgeschlagen. Videoüberwachung ist kein Allheilmittel, kann aber punktuell an neuralgischen Stellen die Sicherheit erhöhen. Dies ist gerade im Blick auf den Park Schöntal eine Option für unsere Stadt. Durch die Implementierung eines abgestimmten Videoüberwachungskonzepts können die Sicherheit in Aschaffenburg erhöht, das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger gestärkt und die Prävention sowie Aufklärung von Straftaten verbessert werden.

Peter Schweickard
Fraktionsvorsitzender

Prof. Dr. Winfried Bausback
MdL, Stadtrat

Maria Bausback
Stv. Fraktionsgeschäftsführerin